

Rede

**des Vorsitzenden des
Ost-Ausschusses der
Deutschen Wirtschaft
Dr. Eckhard Cordes**

Festakt

**60 Jahre Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Vom „Wandel durch Handel“ zum einheitlichen
europäischen Wirtschaftsraum**

am 25. Oktober 2012,

18:35 – 18:45 Uhr,

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Hotel Adlon, Ballsaal

– Es gilt das gesprochene Wort –

Begrüßung und Einführung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident
Milanović,

sehr geehrter Herr Kommissar Oettinger,

sehr geehrter Herr Staatspräsident
Vujanović,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident
Achmetow,

sehr geehrter Herr Vize-Premierminister
Schuwalow,

Exzellenzen,

sehr geehrte Herren Minister,

sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen
Bundestages,

liebe Mitglieder des Ost-Ausschusses der
Deutschen Wirtschaft,

sehr geehrte Gäste,

ich darf Sie im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus Vorstand und Präsidium des Ost-Ausschusses ganz herzlich begrüßen.

60 Jahre Ost-Ausschuss – ein guter Grund zum Feiern, ein freudiger Anlass des Erinnerns und ein treffender Zeitpunkt für neue Ziele.

Das Jahr 1952, in dem alles begann, scheint für Anfänge ein glückliches Jahr gewesen zu sein: Kürzlich konnte ja auch Queen Elisabeth ihr 60-jähriges Thronjubiläum feiern.

Im Sommer 1952 begann zudem mit der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ der europäische Einigungsprozess.

Gleichzeitig aber stand das Jahr 1952 für die immer tiefere Spaltung Deutschlands, Europas und der Welt:

Die DDR führte verschärfte Personenkontrollen und damit den Visa-Zwang für Deutsche innerhalb ihres eigenen Heimatlandes ein.

In Südostasien tobte der Korea-Krieg.

Die von den USA initiierte „CoCom-Liste“ verhinderte den Export einer Reihe von Gütern von West nach Ost.

„Kalter Krieg“ war das Schlagwort dieser Zeit.

Der Ost-Ausschuss, so die Idee von Politik und Wirtschaft, sollte zumindest einige der gekappten Verbindungen zwischen West und Ost wiederherstellen. Es ging darum, nicht das Trennende zu betonen, sondern den gemeinsamen Nutzen zu stiften.

Diese Suche nach pragmatischen Lösungen jenseits von Ideologien zeichnet den Ost-Ausschuss bis heute aus.

„Wandel durch Handel“ – dies war und ist die Überzeugung, die den Ost-Ausschuss antreibt.

Am 9. Oktober 1952 erkannte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard bei einem Treffen mit Unternehmern und Vertretern großer Wirtschaftsverbände wie dem BDI und dem DIHK den Ost-

Ausschuss als „alleinige Vertretung der Gesamt-Wirtschaft für sein Aufgabengebiet“ an. Dies war die Geburtsstunde für die erste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft.

Der Ost-Ausschuss war auf dem Papier ein unabhängiger Wirtschaftsverband. Weil aber die „Hallstein-Doktrin“ die bundesdeutsche Außenpolitik einengte und diplomatische Kontakte nach Osten erschwerte, übernahmen Vertreter des Ost-Ausschusses mit Rückendeckung der Bundesregierung auch die Rolle von Diplomaten.

Otto Wolff von Amerongen, von 1955 bis zum Jahr 2000 der zweite Vorsitzende des Ost-Ausschusses, erwarb sich den Ruf, ein heimlicher „Osthandelsminister“ zu sein.

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens gelang es dem Ost-Ausschuss, Handelsverträgen mit Rumänien, der Sowjetunion und China auszuhandeln.

Dazu gab es fast schon konspirative Treffen mit sowjetischen, rumänischen oder

chinesischen Emissären auf neutralem Boden in Kopenhagen, Genf, Bern oder Wien.

Willy Brandts Kniefall in Warschau 1970 erlebten Otto Wolff von Amerongen und Berthold Beitz als Augenzeugen. Mit Ihnen, sehr geehrter Herr Genscher, tauschte sich Otto Wolff intensiv über Michail Gorbatschow aus, der 1989 den Ost-Ausschuss in Köln besuchte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die wir heute Abend begrüßen dürfen, sagt, der Ost-Ausschuss habe dazu beigetragen, dass am Ende der achtziger Jahre Vertrauen zwischen Ost und West gewachsen war und es möglich wurde, dass auch die Sowjetunion der deutschen Einheit zustimmte.

Den Mauerfall hat auch der Ost-Ausschuss nicht vorausgesehen. Dass die neu entstehenden Märkte im Osten gerade für die deutsche Wirtschaft eine riesige Chance sein würden, hat der Ost-

Ausschuss dagegen frühzeitig erkannt und gehandelt.

Die Transformation in Osteuropa zu unterstützen, dabei strategische Partnerschaften aufzubauen und so Geschäftschancen für deutsche Unternehmen zu erschließen – dies wurde vor allem in der Amtszeit meines Vorgängers Klaus Mangold das beherrschende Thema.

Unzählige Reisen nach Russland, Zentralasien und Osteuropa haben, lieber Klaus Mangold, ein einmaliges Netzwerk entstehen lassen, das wir pflegen und ausbauen.

21 Länder werden heute durch den Ost-Ausschuss betreut. Länder wie China, Vietnam, Polen oder Tschechien gehören nicht mehr dazu, dafür neue Länder in Südosteuropa.

Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in vielen bilateralen Arbeitsgruppen aus Politik und Wirtschaft. Die Zahl der jährlichen Konferenzen, Delegationsreisen und Fachgespräche, an

denen wir beteiligt sind, geht längst über 100 hinaus.

Osteuropa und Zentralasien sind mit ihrem Modernisierungsbedarf große Wachstumsmärkte für die deutsche Wirtschaft:

Vergangenes Jahr erreichte die Region bereits einen Anteil von 17% an unseren Exporten und damit mehr als China und die USA zusammen.

Insgesamt werden durch den Export nach Osteuropa 1,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Zugleich sind diese Länder unverzichtbare Lieferanten für Rohstoffe und Energie.

Doch wir können gemeinsam noch mehr erreichen: Ein entscheidender Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind die kleineren und mittleren Unternehmen. Wo es sie in großer Zahl gibt, erleben wir Innovationen, entstehen Vielfalt und Flexibilität, die vor Krisen schützen. Hier besteht in Osteuropa noch ein entscheidender Nachholbedarf.

Korruption und bürokratische Willkür,
Defizite im Rechtssystem, dies sind nach
wie vor große Investitionshemmnisse; die
vor allem den Mittelstand belasten.
Die Abschottung von Märkten durch
Zollschranken oder andere
protektionistische Maßnahmen – dies alles
geht immer auf Kosten der Innovationskraft.
Unternehmen müssen sich im freien
Wettbewerb beweisen und unabhängig von
der Politik agieren können.

Dafür werben der Ost-Ausschuss, seine
185 Mitgliedsunternehmen und die fünf
Trägerverbände, darunter der
Bundesverband der Deutschen Industrie.
Je weiter die Wirtschaftsreformen in
Osteuropa voranschreiten, desto mehr
deutsche Unternehmen und Investoren
werden nach Osten gehen. Russlands
WTO-Beitritt und der für 2013 anstehende
Beitritt Kasachstans sind hier ermutigende
Entwicklungen.

„Wirtschaft verbindet“. So lautet das Motto, das sich der Ost-Ausschuss für sein Jubiläumsjahr gegeben hat.

Die Wirtschaft hat entscheidend zum Zusammenwachsen Europas beigetragen – gemeinsam mit der Politik.

Der Friedensnobelpreis für die EU, lieber Herr Oettinger, ist mehr als verdient. Ein gemeinsamer Binnenmarkt, die Überwindung von Grenzen, ein friedlicher Interessenausgleich zwischen 27 und bald 28 Ländern – von all dem konnten wir Europäer im Jahre 1952 nur träumen.

Für den Ost-Ausschuss hört Europa dabei nicht an der Ost- und Südostgrenze der EU auf. Wir sind zutiefst davon überzeugt: Die Integration muss weiter gehen. Wir brauchen einen gemeinsamen Wirtschaftsraum vom Atlantik bis zum Pazifik. Denn die globalisierte Welt wird nicht auf zaudernde Europäer warten.

In dieses Europa der Kooperation passen auch keine Visa-Hürden. Es ist höchste Zeit, dass sich gerade in Deutschland die

maßgeblichen Politiker zusammensetzen und eine tragfähige Strategie entwickeln, die nicht die Ängste sondern die Chancen in den Mittelpunkt rückt.

Um dies klar zu sagen: Missbrauch, wie wir ihn gegenwärtig im Reiseverkehr aus Serbien und Mazedonien erleben, muss verhindert werden – aber nicht, indem man mit dem Entzug der Visa-Freiheit droht, Millionen von Menschen damit ausgrenzt und immensen politischen und wirtschaftlichen Schaden anrichtet. Wer sich um gemeinsame Lösungen bemüht, der wird sie finden.

Wenig Verständnis habe ich auch für Stimmen, die in jüngster Zeit Zweifel an Kroatiens EU-Beitrittsfähigkeit äußern:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Milanović, wir freuen uns auf Ihr Land, das für seine EU-Perspektive hart gearbeitet hat. Der Ost-Ausschuss wird Kroatien bei diesem Schritt in eine neue Ära zur Seite stehen, so wie wir auch die jungen EU-

Mitglieder Bulgarien und Rumänien weiterhin begleiten.

Die junge Generation Südosteuropas denkt europäisch. Dies werden auch Sie, sehr geehrter Herr Präsident Vujanović, für Montenegro bestätigen können. Dies zeigt uns beispielsweise das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für den Westbalkan, das wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Zoran-Djindjić-Stiftung organisieren.

Dies gibt mir die Gelegenheit, Frau Ružica Djindjić (sprich: Rushitsa Dschin-dschitsch), die Vorsitzende der Stiftung, ganz herzlich zu begrüßen. 400 junge Leute aus allen Ländern der Region absolvierten in den vergangenen neun Jahren mit dem Stipendium Praktika in deutschen Unternehmen. Diese Erfolgsgeschichte möchten wir gerne fortsetzen.

„Wirtschaft verbindet“ – dies gilt auch für andere Projekte, in denen sich der Ost-

Ausschuss engagiert wie die Stiftung für Deutsch-Russischen Jugendaustausch und das gegenwärtig laufende Deutschlandjahr in Russland, das uns hier heute auch in musikalischer Form begleitet.

Den engen Austausch über Grenzen hinweg pflegen wir in Kooperation mit der Bundesregierung auch mit unseren laufenden Beratungsprojekten in der Ukraine, in Belarus, in Südosteuropa, in Kasachstan und Tadschikistan.

„Wirtschaft verbindet“ – in diesem Sinne danke ich abschließend im Namen des Vorstandes allen Trägern und Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses für ihre große Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen allen einen kurzweiligen Abend und darf nun Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Milanović, um Ihren Vortrag bitten. Wir sind sehr gespannt auf Ihre Rede.